

Gosse spülen!

Noch einmal »Golddrausch«: Hilfsbedürftige Einwohner sollen die Stadt verlassen - Sarrazins Stellschraube zur Haushaltskonsolidierung

Als Finanzsenator Thilo Sarrazin im Februar mit den Ergebnissen seines »Kassensturzes« an die Öffentlichkeit ging, war auch das bürgerliche Berlin beunruhigt. Im Tagesspiegel schrieb Gerd Appenzeller: »Wowereit und Sarrazin werden alles Geschick aufwenden müssen, die Sanierung des öffentlichen Haushaltes durchzusetzen, ohne die Menschen aus der Stadt zu treiben. Das wird schwer, sehr schwer.« Inzwischen ist klar, daß es sich der Berliner Finanzsenator so schwer nicht machen will. Er findet vielmehr, Berlin sei »für Leute, die nicht arbeiten, zu attraktiv«. Man sollte auf intelligente und sozialschonende Weise dafür sorgen, daß solche Leute künftig »ungern« in Berlin leben. Solche Aussichten beunruhigen das bürgerliche Berlin weniger. Auf dem Diskussionsforum des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) zur politischen Ökonomie einer Hauptstadt traf Thilo Sarrazin am vergangenen Donnerstag mit seinen Bemerkungen über überzählige Sozialhilfeempfänger, »Asylanten« und Bürgerkriegsflüchtlinge auf keinen Widerspruch. Im Gegenteil, eine Dame aus dem Publikum skizzierte die praktischen Folgen aus den Analysen des Finanzsenators mit einer »etwas überspitzten« Frage: Wie erreicht man es, daß »diese Leute die Stadt verlassen«. Nicht jeder Berliner ist ein guter Berliner.

Zu diesem Zeitpunkt hatten die Experten auf dem Podium unter Leitung des WZB-Präsidenten Jürgen Kocka ihre Auffassungen schon kundgetan. Allen voran der Finanzsenator selbst. Mit einem Overheadprojektor und einem Satz Folien bewaffnet führte er dem Publikum seine Auffassung der Finanzlage Berlins vor Augen, die in einem Satz zusammengefaßt folgende ist: »Berlin hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem.« Unter Berücksichtigung des Länderfinanzausgleichs und aller Zuwendungen vom Bund habe Berlin höhere Pro-Kopf-Einnahmen als alle anderen Bundesländer. Dort sei nichts mehr zu holen. Die Ausgaben hingegen lägen weit über dem Bundesdurchschnitt. Polizei, Justiz, Schulen, Soziales, Wohnungsbauförderung - alles sei irgendwo anders billiger und besser zu haben. Auch ohne Bankenkrise und Zinszahlungen läge die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben bei etwa zwei Milliarden Euro. Auf dieses »Primärdefizit« konzentrieren sich Sarrazins Anstrengungen. Als »Nahziel« soll der Betrag auf Null gebracht werden, um dann beim Bund Hilfen zur Bewältigung der Altlasten, der Schulden und Zinszahlungen einfordern zu können. Andernfalls drohe (rein rechnerisch) mit Zins und Zinseszins ein Schuldenberg von etwa 200 Milliarden Euro im Jahr 2019 - Exponentialfunktionen können bedrohlich wirken.

Jürgen Kocka hatte Sarrazin als den »konzeptionellen Vater der Währungsunion« vorgestellt. Als frisch gebackener Referatsleiter im Bundesfinanzministerium zuständig für »Nationale Währungsfragen«, arbeitete Sarrazin an den Konzepten für den ökonomischen Anschluß der DDR. Vom Oktober 1990 bis Mai 1991 leitete er die Rechts- und Fachaufsicht über die Treuhandanstalt. Machtbewußt und alles andere als konzeptionslos wies er jede Kritik an einzelnen Punkten seiner Darstellung zurück. Dieter Vesper vom DIW, Fachmann vom Scheitel bis zur Sohle, setzte den aktuellen Horrorszenarien des Finanzsenators nichtsdestotrotz ein entschlossenes »Ja, aber« entgegen: Sozialhilfeempfänger bekommen in Berlin weniger als in Hamburg, die Einsparungen laufen seit Jahren und drücken das Wirtschaftswachstum. Zehntausende Arbeitsplätze wurden bereits abgebaut. Vergleiche können nicht auf den Bundesdurchschnitt bezogen werden, sondern höchstens auf Großstädte. Zudem ist Berlin zu 40 Prozent neues Bundesland. Kurz: Die Ausführungen des Senators hängen

in der Luft.

Macht nichts, entgegnete Prof. Konrad von der FU und fand in der Bestandsaufnahme des Senators seinen Eindruck von den Ineffizienzen der Berliner Verwaltung bestätigt. Sorgen kennt Konrad nur bezüglich der Möglichkeiten, die Konsolidierungspolitik erfolgreich durchzusetzen. Er unterbreitete zwei konstruktive Vorschläge. Einerseits eine selektive Förderung der Migration nach Berlin, um mit den Einwohnern auch die öffentlichen Einnahmen steigen zu lassen. Andererseits eine gründliche Konkurswelle auf dem Berliner Immobilienmarkt, damit die Preise sinken, wovon 90 Prozent der Einwohner nur profitieren könnten. Beide Vorschläge wurden vom Finanzsenator nicht abgelehnt, jedoch sollten Arbeits- und Sozialhilfeempfänger vom Zuzug nach Berlin abgehalten werden. Die Kosten einfach mehr als sie bringen.

Die anwesenden etwa 100 geladenen Gäste nahmen den Vortrag des Finanzsenators mit großem Beifall auf. Selbst die Kritik an der asozialen Risikoabschirmung für die Investoren der Bankgesellschaft verband sich mit der Bewunderung ob der großen Aufgabe. Niemand stellte den Sparzwang in Frage, im Gegenteil: Nicht nur die Wendung zur Bevölkerungsökonomie, auch die Streichung sozialer Mittel wurde zur positiven Herausforderung. Eine Vertreterin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes pries die freien Träger als kostengünstige Alternative zur staatlichen Daseinsvorsorge und forderte, nicht bei ihnen, sondern bei den Personalausgaben des öffentlichen Dienstes zu sparen. Dem Finanzsenator war's recht.

Nur an einer Stelle wurde er ungehalten. Ein Kollege der GEW sprach von der Verwahrlosung des ehemaligen Schaufensters zur Rumpelkammer und den Schäden, die aus der Sparpolitik für die Einwohner der Stadt entstünden. Er sprach von dem Preis, der für politische Ziele zu zahlen sei. Er sprach nicht von den Vorhaben seiner Gewerkschaft; davon, wie die Lebensinteressen der Bevölkerung gegen die Interessen der Immobilieninvestoren und Kreditgeber zu verteidigen wären. Statt dessen drohte er mit der rechten Gefahr, die aus sozialer Verwahrlosung erwachsen könnte. Er spekuliert auf die Interessen der Gegenseite am Erhalt des sozialen Friedens - auch eine Spekulation, mit der man Bankrott machen kann. Aber selbst dieses hilflose Moralisieren war dem Finanzsenator zuviel. Die 68er Studenten, die heute Berliner Lehrer sind, rügte er kollektiv für ihr »etwas anderes Arbeitsethos« und den geringen »output« der Berliner Schulen.

Was die Reduzierung des Defizits angeht, hat der Senator eben ganz bestimmte Vorstellungen. An den Personalausgaben des Landes sei - leider - nicht viel zu ändern. Also blieben nur die »konsumtiven Sachausgaben« zum Einsparen, die Sozialausgaben aller Art (z. B. Wohngeld, Sozialhilfe) oder die Mittel für Wissenschaft und Kultur. In diesem Sommer sollen die Entscheidungen fallen. Sarrazins Alternativen: Sozialhilfe oder Universität, Wohngeld oder Theater - gespart werden muß; zu entscheiden ist, wo. Entsprechend wenig überraschend polemisierte Sarrazin dann noch gegen die Massenförderung. Ihm geht es um die Elitenbildung, und das spricht er auch aus. Mit pädagogischem Anspruch mahnte er die Berliner zu ehrlichem Gelderwerb. Es wohnen einfach zu viele von den falschen Leuten in der Hauptstadt.

Einem alten Tipp Bertolt Brechts folgend könnte man sagen: Wäre es da nicht einfacher, der Senat löste das Volk auf und wählte ein anderes?

-

Erstveröffentlichung: junge Welt, 29. April 2002